



Haushaltsrede 2024/25 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

16.03.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Wort Zeitenwende wurde auf Bundesebene sicherlich schon reichlich bemüht, jetzt scheint es aber für die NRW-Kommunen bzw. im Speziellen für die Kommunen im Märkischen Kreis hinsichtlich deren Haushalte auch durchaus angebracht. Allgemeine Kostenerhöhungen und der Investitionsstau im Kreiskrankenhaus führen zu Kreisumlagen für die Kommunen im MK, die mittel- und langfristig zwangsläufig zu nicht mehr tragbaren Überschuldungen führen werden. Immerhin hat der Kreis reagiert und 10 Millionen aus der Rücklage entnommen, aber das kann er natürlich nicht jedes Jahr leisten. Das Land plant bis 2027 einen massiven Abbau der eigenen Schulden, hat aber die Hilfe für den schon so lange diskutierten Altschuldenabbau der Kommunen wieder verschoben, jetzt von 2024 auf 2025. Weil das Land diese Hilfe von der Beteiligung des Bundes abhängig macht, wird das wohl noch lange nichts. Die aktuelle Bundesregierung kann sich ja nicht einig werden, weder Subventionen abzubauen noch neue Schulden zu machen und eine neue CDU-geführte Regierung würde vermutlich ja eher noch restriktiver hinsichtlich Neuverschuldung sein und erst recht keine klimaschädlichen Subventionen abbauen. Also werden die Kommunen auf ihren Altschulden langfristig sitzen bleiben.

Herscheid erwartet in diesem Jahr Kostensteigerungen von 2,9 Millionen Euro gegenüber 2023, ohne dass die Einnahmen entsprechend wachsen. Einzige verlässliche Einnahme mit steigender Tendenz ist beim kommunalen Einkommensteueranteil zu erwarten, wegen inflationsbedingter Lohnanpassungen. Die Gewerbesteuer wird einerseits aufgrund der nicht rosigen allgemeinen Wirtschaftslage und andererseits wegen der negativen Auswirkungen des Wachstumschancengesetzes (8,5 Milliarden Euro Entlastung für die Industrie) für die Kommunen unsicherer denn je.

Auch die bisher verlässliche Einnahmequelle Grundsteuer könnte niedriger liegen als bisher, denn durch die Reform werden mittlerweile auch negative Auswirkungen für die Kommunen berechnet. Wir empfehlen die zu erwartende Verschiebung (mehr Grundsteuer B von den Bürgern, weniger Grundsteuer B von Industrieflächen) durch eine Anpassung der Hebesätze in den Bereichen Grundsteuer B und Gewerbesteuer zu kompensieren. Gemeint ist also, dass eine höhere Gewerbesteuer kombiniert mit einer geringeren Grundsteuer B die Grundstücksbesitzer auf dem heutigen Belastungsniveau halten sollte. Noch besser wäre allerdings eine überregionale Regelung mit reduzierten Messbeträgen für Wohneigentum.

Aber woher soll denn nun das Geld für die höheren Abgaben für den Kreis herkommen? Wir werden diese Kosten wohl im höheren Kassenkredit wiederfinden. Waren wir doch in den letzten beiden Jahren auf erträglich ca 6 Millionen runter, wird das Girokonto der Kommune nun jedes Jahr nach oben rutschen. Ein kaum haltbarer Zustand.



Da kommt die Tatsache, dass wir, kaum raus aus dem Haushaltssicherungskonzept, wieder reinrutschen, eher positiv daher. Sparen wir doch grad bei dem Glasfaserausbau einen erheblichen Eigenanteil ein.

Unsere Fraktion hat sich bei Durchsicht der wichtigsten Zahlen des Haushalts eher schwer getan, signifikante Einsparmöglichkeiten zu finden. Wo soll man denn da allein für 2024 eine Summe von 2,9 Millionen einsparen? Und wir hatten nicht den Eindruck, dass die Verwaltung die prekäre Situation nicht durchblickt und zu viel Geld ausgeben will. Einsparungspotenziale durch Nutzung von Photovoltaik auf kommunalen Dächern, LED-Leuchtmittel und Alternativen bei Gasheizungen hat das Bauamt und der Klimaschutzmanager offensichtlich im Blick.

Die kommunale Wärmeplanung – und damit die Kosten dafür - würden wir in diesem Zusammenhang nicht auf die lange Bank schieben. Wegen Zugeständnissen an die FDP hat der Bund ja nun den kleinen Kommunen ewig Zeit gelassen. Aber was soll denn da schon gehen in Herscheid? Ein Fern- oder Nahwärmenetz? Wasserstoffleitungen? Wir glauben, dass man den Bürgern nicht falsche Hoffnungen machen sollte. Im ländlichen Bereich werden individuelle Lösungen bei Nutzung von Energie aus Luft, Wasser und Sonne das Maß der Dinge sein. Und je eher man damit beginnt sich umzustellen, umso besser. Denn wie lange die finanzielle Unterstützung vom Bund bleibt, ist bei der aktuellen Lage in Europa und der Welt mehr als unsicher.

An dieser Stelle darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Absage an den Nationalpark die Herscheider Geld kosten wird. Stattdessen kommt ja dann sehr wahrscheinlich das Natur- und Wanderzentrum, was einen Invest von ca. 3,5 Millionen Euro für Herscheid und Meinerzhagen bedeutet, wovon eventuell 70% gefördert werden. Und jedes Jahr werden den Haushalt die Unterhaltungskosten belasten. Einen Nationalpark dagegen finanziert komplett das Land.

Bei der differenzierten Kreisumlage, also im Wesentlichen bei den Kosten für Kindergärten und Jugendarbeit sollten interkommunale Lösungen zumindest geprüft werden. Wenn sich zwei oder drei Gemeinden zusammenschließen, könnte ja vielleicht doch die Unabhängigkeit vom Kreisjugendamt kostengünstiger sein.

In den kommenden 2 Jahren sollen 11 Millionen Euro investiert werden. Das ist für eine kleine Gemeinde mit 7000 Einwohnern eine Menge. Trotzdem wird das verharmlost damit, dass das den Haushalt dabei ja nur mit Abschreibungen belastet. Und ja, es sind auch Posten dabei, die hochprozentig gefördert werden und dadurch auch mehr als sinnvoll sind. Als Beispiel muss man die nachträgliche Sanierung der Südfassade der Gemeinschaftshalle nach der Förderzusage umsetzen. Aber darauf was nicht gefördert wird, sollten wir ein wachsames Auge haben. Diese Investitionen führen ja in der aktuellen Lage direkt zum Langzeitschuldenaufbau, also viele Jahre Zinsen und Tilgung. Und die Prokopfverschuldung wächst schon wieder an. Die Herscheider Feuerwehr zu ertüchtigen, allein schon weil die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herscheid
Dietrich Herfel, Elsen 16a, 58849 Herscheid



dietrich.herfel@t-online .de

Telefon 0171 4159103

aufgelöste Rebliner Dependance dazukommt, macht Sinn. Und wir haben ein gutes Gefühl, dass nur das wirklich Erforderliche geplant wird.

Die aktuellen Planungen zur Kapazitätserweiterung von Flüchtlingsunterkünften in der Winzenbecke durch Aufstockung des vorhandenen kommunalen Gebäudes, mit Photovoltaik auf dem Dach, finden wir sehr gut. Im Gegensatz zu den nur temporär genutzten Containern, ist das eine nachhaltige Investition. Bei der Finanzierung helfen jetzt die Unterstützungen vom Land und wenn irgendwann die Unterbringung nicht mehr erforderlich ist, kann man das als dringend nötigen Wohnraum vermieten.

Letztlich bleibt insgesamt, dass wir diesem Haushalt 2024/25 wohl oder übel zustimmen müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch noch etwas zum Thema Nationalpark-Findung sagen:

Die Fraktionen haben ihre Meinung sehr emotional vertreten. Das eine politische Lager fühlt sich als gewählte Vertreter der im schlimmsten Fall Betroffenen. Das andere Lager will einfach nur, dass die Bürger miteinbezogen werden, so wie es das Land eigentlich beabsichtigte.

Den „Schwarzen Peter“ für diesen Streit sehe ich ganz eindeutig (anders als von mir die meisten vermutlich jetzt erwarten) bei der Landesregierung. Was sich die Damen und Herren der beiden Regierungsparteien dabei gedacht haben, erst die kommunalen Räte entscheiden zu lassen, um erst danach allen zu erklären wie ein Nationalpark im Ebbegebirge aussehen könnte, ist mir schleierhaft. Umgekehrt wäre ein Schuh draus geworden. Es musste doch klar sein, dass die theoretisch Betroffenen direkt auf die Barrikaden gehen, wenn erstens kaum was erläutert und dann noch Termindruck gemacht wird. Aus den Streitgesprächen vor Ort hat man sich dadurch seitens des Landes sauber herausgehalten und die stattdessen der Lokalpolitik überlassen.

Meine Damen und Herren. Und trotz der politischen Auseinandersetzungen bedanken wir uns bei den Kollegen aller Fraktionen und Julien Eichhoff für die letztlich in Summe konstruktive Zusammenarbeit in den Ausschüssen und dem Gemeinderat und danken dem Bürgermeister und allen Mitarbeitern der Verwaltung und den Mitarbeitern des Bauhofes für ihr Engagement und die geleistete Arbeit.

Und zum Schluss bitte ich die Bürger darum, trotz fataler Auswirkungen durch Kriege in unserer Welt, doch nicht alles so schwarz zu sehen in Deutschland. Es gibt doch auch Grund für Optimismus. Der Klimawandel ist doch auch eine Herausforderung für alle Technologiebegeisterten, Automatisierung und künstliche Intelligenz eine Gelegenheit für höhere industrielle Produktivität, auch im Mittelstand. Dafür brauchen wir kluge Köpfe – und die hat Deutschland.